

## DONNERSTAGSKOLUMNE

Lieber Christian, am kommenden Dienstag wird es ernst. Haben der „Europäische Stabilisierungsmechanismus“ (ESM) und der Fiskalpakt Bestand oder werden sie vorläufig gestoppt? Rettungsschirm oder Bleiweste? Genau geht es am Dienstag in Karlsruhe beim Bundesverfassungsgericht darum: Was ist schlimmer? Wenn mit dem völkerrechtlichen Inkrafttreten des ESM gewartet wird, bis unser oberstes Gericht die Vereinbarkeit dieses „Mechanismus“ mit der Demokratie, dem Grundgesetz und dem Rechtsstaat festgestellt hat? Oder, wenn dieser unkündbare völkerrechtliche Zahlungs- und Bürgschaftsvertrag ab sofort auf ewige Zeiten in Kraft tritt? Ein Vertrag, für dessen Stammkapital von 700 Milliarden Euro zu 27,5 Prozent Deutschland bürgen wird. Das heißt, dass wir ab sofort mit 180 Milliarden Euro an abrufbarem Kapital haften und 21,72 Milliarden Euro noch in diesem Jahr in bar in die Kasse des ESM einzahlen müssen. Der Vertrag schreibt darüber hinaus vor, dass – sollten andere Länder (z.B. Spanien, Portugal, die Slowakei, aber auch Italien und Frankreich) ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen – der von Deutschland einzuzahlende Beitrag automatisch erhöht

wird. Ohne dass es auf eine neuerliche Zustimmung des Bundestages ankäme. Dann wird unser Haftungsanteil am ESM von 27 Prozent auf über 50 Prozent steigen.

Was verlieren wir bei diesem supranationalen Kapital-Mechanismus?

- Die finanzielle Handlungsfähigkeit: Das Haftungsvolumen kann auf das Dreifache eines einzigen Bundeshaushalts steigen.

- Der Bundestag verliert seine Fähigkeit, die Haushaltsentwicklung letztverantwortlich zu steuern.

- Die demokratische Kontrolle: Über die Zahlung von Stabilitätshilfen wird von – dem Parlament nicht verantwortlichen – „ESM-Direktoren“ entschieden. (Nicht verantwortlich nicht nur gegenüber dem Bundestag, sondern auch nicht gegenüber dem Europäischen Parlament.) Über die Schweigepflicht und die Aussagegenehmigung der ESM-Direktoren – auch gegenüber der Volksvertretung – entscheidet kein parlamentarisches Gremium, sondern die ESM-Organe allein und intern. Strafrechtlich und zivilrechtlich sind die ESM-Direktoren bei eventuellen Straftaten und Fehlern im Amt von jeder Verantwortung persönlich freigestellt.

- Demokratieverlust: Nicht gefragt wird bei diesem Verant-



Christian Ude (SPD) und Peter Gauweiler (CSU) liefern sich jeden Donnerstag an dieser Stelle einen Schlagabtausch. Heute: Peter Gauweiler.

wortungstransfer das Volk.

Wenn das Bundesverfassungsgericht den ESM allerdings bis zu seinem endgültigen Urteil vorläufig stoppen sollte, ist für die Euro-Retter nichts verstanden. Schließlich gibt es immer noch den ersten Rettungsschirm namens EFSF, der noch halbvoll mit Bürgschaftszusagen ist. Und der im Einzelfall durch das Parlament immer wieder aufgestockt werden kann.

Am Ende geht es um ein Verfassungsgut, das gar nicht juristisch klingt, sondern literarisch: Die „Ewigkeitsgarantie“ für

Grundrechte und die demokratische Grundordnung. Sie wurde von den Vätern und Müttern des Grundgesetzes einst in Herrenchiemsee eingeführt, um eine „legale“ Beugung des Rechts zu verhindern, mit der bekanntlich die Verfassung von Weimar ruiniert worden war.

Und Angela Merkel? Es ist ja gut, dass sie immer noch um ein Stückchen Solidität kämpft. Aber – die „Wirtschaftswoche“ hat Recht: „Es ist ein Rückzugseffekt“. Besonders geschadet hat uns (und Euch) der Eindruck, dass die SPD-Troika den

neuen französischen Präsidenten auch dann noch unterstützt, wenn er den Charakter des ESM nochmals verschlechtern will: Also dass sich die Staaten, die unter den Rettungsschirm flüchten, nicht einmal mehr Auflagen unterwerfen müssen. Sondern dass sie das nicht tun müssen. Was ist in die SPD-Führung gefahren? Das führt zu einer weiteren gravierenden Verschlechterung, weil damit der Mechanismus und die Konditionalität des ESM nochmals zu Lasten der deutschen Steuerzahler aufgeweicht würden.

Alle meinen es furchtbar gut.

Aber so kommt in Europa kein neues Staatswesen zustande, das in Freiheit über Einnahmen und Ausgaben entscheidet. Mit Emanzipation und bürgerlicher Freiheit hat das nichts mehr zu tun. Die will sich doch von der anonymen Fremdherrschaft des Geldes befreien und nicht sie auf Erdebene zementieren. Seit Freitag soll – nach massivem Druck Italiens und Frankreichs – der ESM zu einem direkten Finanzierungsmittel für das Investmentbanking gemacht werden. Ohne jede staatliche Zwischeninstanz. Die Leute von Goldman Sachs (Draghi, Monti, der neue griechische Chefunterhändler etc. pp.) können sich freuen. Das ist die neue Internationale.

Ich bin trotzdem optimistisch.

Die haben überreizt. Es bildet sich gerade ein neuer gesellschaftlicher Konsens gegen diese Rettungsakrobaten. Und das ist gut so.

Einige Beispiele: Es gibt eine wirklich gute Initiative des grünen Europaabgeordneten Roman Huber in Karlsruhe gegen das ESM-Gesetzespaket. Unterstützt von namhaften bayerischen Grünen. Dein SPD-Parteifreund Dr. Peter Dankert hielt am Freitagabend unter der Reichstagskuppel eine „ergreifende“ Rede (FAZ) gegen den ESM-Wahn. Die CSU hat, vertreten durch ihren Generalsekretär, meine Klage in Karlsruhe ausdrücklich begrüßt. Aus der FDP kommen immer gewichtigere Stimmen, und die Linke-Partei macht deutlich, dass gerade sie – weil sie um ihre historische Erfahrung nicht herumkommt – nicht wollen kann, dass das Zentralkomitee von Moskau nach Brüssel übersiedelt. Nicht zu vergessen auch – gerade in Bayern – die Argumentationsstärke der Freien Wähler, die in der ESM-Debatte doch wieder deutlich machen, dass sie „Fleisch vom Fleisch der CSU“ sind (Horst Seehofer). In Berlin dümmert indes bei CDU und SPD langsam die Ahnung, dass man/Frau sich auf einem Holzweg befindet. Sie brauchen nur noch die innere Stärke, es zuzugeben. Bitte hilf dabei.

Dein Peter Gauweiler